Kandidaten wollen Klimaschutz forcieren

Mitglieder von Fridays for Future organisieren Podiumsdiskussion mit Bewerbern für die Landtagswahl

Von unserer Mitarbeiterin Katrin König-Derki

Klare Ansage: Alle Teilnehmer der Podiumsdiskussion teilen die Absicht, bis zum Jahr 2035 Klimaneutralität zu erreichen. Unterschiedliche Ansichten gab es jedoch über die Frage, welcher Weg zu diesem Ziel führen soll. Symbolfoto: Christoph Schmidt/dpa

Bühl/Baden-Baden. In einer digitalen Podiumsdiskussion haben sich am Sonntag Mitglieder der regionalen Fridays-For-Future-Bewegung und Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl zu den Themen Klimapolitik, Energie, Bau und Verkehr ausgetauscht. Moderiert wurde die Diskussion, die auch Impuls-Videos beinhaltete, von Jessica Stolzenberger aus Rastatt, die in Freiburg studiert, und Schüler Theo Kaufmann aus Bühl. Im Wesentlichen teilten die Politiker Hans-Peter Behrens (Bündnis 90/Die Grünen) und Tobias Wald (CDU), beide bereits Mitglieder des Landtags, sowie Emile Yadjo-Scheuerer (SPD) das Bestreben, Klimaschutz entschiedener zu forcieren, um bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen. Mit Blick auf die Wege dorthin ergab sich indes ein differenzierteres Meinungsbild.

Behrens fordert Tempolimit auf Autobahnen

Yadjo-Scheuerer sagte, die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 1,5 Grad müsse über konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels im Koalitionsvertrag der neuen Regierung festgelegt werden, ebenso der Ausbau regenerativer Energien. Wirtschaftlichkeit dürfe in dem Fall keine Rolle spielen. Wald sprach sich für eine Weiterführung der Holzbauoffensive, der Fotovoltaikstrategie des Landes und den weiteren Waldumbau aus, ebenso dafür, bei Förderprogrammen zur Gebäudesanierung „nachzulegen“. Baden-Württemberg sei aber abhängig vom Energieimport und könne die Energiewende nicht alleine schaffen.

Behrens sagte, vielen Menschen sei nicht bewusst, dass die Erde zunehmend unbewohnbar werde. Nötig sei eine deutliche Beschleunigung der Transformation, von der Energiegewinnung bis hin zum Verkehrssektor, eng an soziale Gerechtigkeit und Naturschutz geknüpft. Bund und Länder müssten dabei Hand in Hand arbeiten. Zu Maßnahmen, um schnell etwas zu bewirken, zähle ein Tempolimit auf Autobahnen.

Auch müsse das Thema Windkraft „substanziell erhöht“ werden. Dazu sagte Tobias Wald, er sei für Windkraft an abgelegenen windhöffigen Stellen wie der Hornisgrinde. Bei diesem Beispiel werde sie aber aufgrund des Artenschutzes blockiert. Behrens räumte ein, „brauchbare Abwägeprozesse“ bei den unteren Naturschutzbehörden seien „ganz wichtig“.

Verpflichtende Fotovoltaik-Anlagen auf privaten Wohnhäusern lehnten Yadjo-Scheuerer und Wald ab: Der SPD-Kandidat sprach sich stattdessen für mehr Anreize aus, um die Menschen für die Energiewende zu gewinnen. Wald erachtete eine Pflicht nur mit Blick auf Industriegebäude als vertretbar. Er plädierte für eine Kombination mit Retentionsflächen. Behrens verwies auf die Rentabilität der PV-Anlagen für die Nutzer und hieß eine allgemeine Verpflichtung für gut. Wald regte bei der Energiegewinnung eine internationale Gesamtlösung an: „Wenn wir in Afrika Anlagen bauen, sie werden dort betrieben und man verkauft uns den Strom, lassen wir ärmere Länder am Wohlstand teilhaben.“ Behrens befand, Strom sollte möglichst dort verbraucht werden, wo er produziert werde.

Im Video zum Thema Bau wurde unter anderem Kritik am hohen CO_2-Ausstoß durch Zementproduktion geübt, die die Politiker relativierten: Ein Großteil des Materials werde recycelt. Andere Baustoffe wie Holz und Hanf, so Yadjo-Scheurer, sollten aber stärker gefördert werden. Auf mehr Holz setzen auch Behrens und Wald. Alle Kandidaten hielten Aufstockungen von Gebäuden für einen Weg, um ohne weiteren Flächenverbrauch Wohnraum zu schaffen. An ein Verbot von Einfamilienhäusern, so Yadjo-Scheuerer, „sollten wir nicht denken“. Konsens herrschte beim Thema Verkehr mit Blick auf die Notwendigkeit, den ÖPNV auszubauen und attraktiver zu gestalten und das Radwegenetz zu optimieren, um den Individualverkehr zu reduzieren. Die Autoindustrie müsse deutlich klimafreundlicher werden, E-Mobilität und andere Technologien weiter vorangetrieben und Verbrenner-Fahrzeuge ab 2030 verboten werden, so der Tenor.